REZENSIONEN

Parteien im deutschen Vormärz: reichhaltige Erkenntnisse zur Ideengeschichte, Rezeption und Gegenwart der Parteiendemokratie

Erbentraut, Philipp: Theorie und Soziologie der politischen Parteien im deutschen Vormärz 1815-1848, Mohr Siebeck, Tübingen 2016, 391 Seiten, € 59,–.

Wer die Dissertation von *Philipp Erbentraut* zur Hand nimmt, sollte sich die Muße gönnen, Ehrfurcht vor einem schönen Buch zu genießen. Korrekt im Aufbau und im nach Entstehungszeit sortierten Literaturverzeichnis, vollständig durch einen umfangreichen Index zu Schlagwörtern und Autoren bezaubert es aber nicht nur durch die Form, sondern auch durch den Inhalt. Unter dem Titel „Theorie und Soziologie der politischen Parteien im deutschen Vormärz 1815-1848" verbindet *Erbentraut* zwei Bücher zu einer intellektuellen Herausforderung. Mit den aktuellen Fragen der Parteienforschung zu Funktionen und Rolle der Parteien im politischen System, zu Parteienwettbewerb und Parteiensystemen sowie zur Binnensicht der Partei ordnet er die Aussagen dazu im Vormärz, um sie dann mit der Rezeptionsgeschichte zu verbinden. Dieser interessanten Ideengeschichte schickt er in methodischen Überlegungen Informationen über sein Vorgehen und seine Position voraus. Einfühlsam berücksichtigt er den Kontext der Aussagen und bezieht damit in der Folge über den engen Begriff der Partei hinaus synonyme Formen wie Assoziation und Verein mit ein. Das Vorurteil, dass es keine Parteien gegeben habe, sei durch das Verbot in Preußen, aber auch durch die Existenz in den süddeutschen Landesparlamenten widerlegt. Die Aussagen im Pro und Contra zu Parteien lenken die aktuelle Situation auf den Politikbegriff und die Sinnfragen der Institutionen zurück. Mit dem Hinweis auf „das Problem der Vermittlung zwischen ungeregelter gesellschaftlicher Meinungs- und Interessenvielfalt und organisierter staatlicher Handlungs- und Wirkungseinheit" stellt er die „Doppelrolle der Parteien als staatliche Akteure und gesellschaftliche Gebilde" in ihrem Entstehungsstadium dar. Der Rückblick zielt auf eine „normative Neuvermessung der Parteiendemokratie".

Unter den vielen angeführten Aspekten wird hier nur auf Aussagen zu Gründen, Wirkung, Organisation, Recht und Rahmenbedingungen demokratischer Parteien im Vormärz eingegangen. Danach beruhen Parteien auf der Verschiedenheit der Charaktere ihrer Mitglieder – die Bedächtigen sind für das Bestehende, die Mutigeren für Veränderungen. Das prägt Ideen und Interessen. Den emotionalen Hintergrund bilden unterschiedliche historische Erfahrungen und Sozialisation, die gleichzeitig abgrenzen und durch gemeinsame Gegner einen. Als „selbstbewusste Einseitigkeit" tragen sie Konflikte mit anderen Parteien aus, um den Staat nach ihren Vorstellungen zu verändern. Sie sind notwendig, um die Interessenvielfalt in der Gesellschaft anzuzeigen, in fairem Wettbewerb zu bündeln und im Parlament zu repräsentieren. Dabei nähern sie sich im dialektischen Wettbewerb dem Gemeinwohl und ermitteln so die Tüchtigsten. Ihre Vermittlung zwischen Gesellschaft und Staat schafft ruhigen Fortschritt und Wohlstand, was gewaltsamen Ausbrüchen und Revolutionen vorbeugen kann. In der Diskussion über die Formen der notwendigen Organisation: Oligarchie – Demokratie – Anarchie wird darauf hingewiesen, wie schwierig es ist, den demokratischen Anspruch umzusetzen, Vielfalt aufzunehmen und die Spannungen produktiv zu nutzen. Dies soll bei Verpflichtung auf die gemeinsamen Ziele durch Wahlen mit

Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Heft 1/2018, S. 172 – 173, DOI: 10.5771/0340-1758-2018-1-172

kurzer Amtszeit und Mehrheitsentscheid erfolgen. Selbst die Öffnung auch für Nichtmitglieder als deliberales Korrektiv wird diskutiert.

Die Aussagen zum Verhältnis der Parteien untereinander enthalten bereits im Vormärz Überlegungen zum Parteienrecht. Nur durch Öffentlichkeit und Chancengleichheit der finanziellen Mittel, des Zugangs zu Journalen sei es bei öffentlicher Beratung möglich, zwischen verantwortlichen Personen Wahrheit im dialektischen Prozess zu finden und egoistische Motive zurückzudrängen. Parteienverbote wurden diskutiert und abgelehnt, weil sie vergeblich – da sie die Leidenschaften nicht beseitigen –, gefährlich – da sie ein Verstoß gegen die Versammlungsfreiheit – und sinnverkehrend – nur im Ausnahmefall der Verfassungsbedrohung – seien. Es sei allemal besser, die Quellen der Unzufriedenheit zu beseitigen und über die öffentliche Meinung und politische Bildung den Zulauf einzuschränken.

Die auch heute kaum gestellte Frage nach den Politikinhalten wird unter der Überschrift „Politik für das Gemeinwohl" zwar allgemein angesprochen, aber nicht für Parteien als Staats- und Gesellschaftsgründer *(Peter Haungs)* in der Konsequenz ausgeführt. Die Grenze empirischer Forschung – sie kann nur untersuchen, was ist, aber nicht sagen, was warum fehlt – klingt in den Rahmenbedingungen und im geistesgeschichtlichen Strang an.

Voraussetzung ist eine ausreichende Zahl aktiv Gebildeter, die zu Bürgern werden, weil sie Partei nehmen. Daher sei es Aufgabe der liberalen und demokratischen Parteien, der in der Bevölkerung vorherrschenden politischen Apathie zu begegnen. Während die Mehrheit ums Überleben kämpfe, sei den Honoratioren die Zeit zu schade und das Geschäft zu „schmutzig". Die meisten Konservativen seien passiv phlegmatisch und selten zu vernehmen. Die Ängstlichen sehen sich selbst in der Minderheit und verstummen, wie später in der Schweigespirale beschrieben. Die Forderungen zur Bildung und Ausbildung von Bürgern als Voraussetzung demokratischer Beteiligung wird von Reformern wie *Friedrich A. W. Froebel*, Sozialdemokraten und Kommunisten erhoben und von Konservativen nicht bestritten. Wie die Kritik *Solons* an der lauen Haltung der Athener zeige, reiche der Appell an die patriotische und sittliche Pflicht zur Beteiligung nicht.

Bei den überwiegend positiven Argumenten zu Parteien wundert es, dass die Aussage „Ohne Parteien geht es nicht" und damit der „Parteienstaat" auch heute noch verteidigt werden muss. *Erbentraut* belegt, dass *G. F. W. Hegel* nur dann als Patron des Anti-Parteien-Affekts gelten kann, wenn allein auf die preußischen Verhältnisse der Restauration geblickt wird und seine Ausführungen zum englischen Parteiwesen übergangen werden ebenso wie die, dass erst das dialektischen Ringen der Parteien zur Wahrheit führe.

Er zeigt, wie Begriffsauslegungen, Sinn, Formen und Zeitumstände die Argumente beeinflussen und weist nach, dass der schwierige Entstehungsprozess von Parteien ohne Rückgriff auf das Politik- und Staatsverständnis und ohne Beachtung der Rahmenbedingungen nicht zu verstehen ist.

Die Mühe, sich mit den Erfahrungen und Überlegungen des Vormärz und ihrer Rezeption auseinanderzusetzen, wird mit einem reichen Schatz an Erkenntnissen zur Beurteilung der gegenwärtigen Situation, zur Wahl der wissenschaftlichen Methoden und zur Überprüfung der eigenen Denkungsart belohnt.

Ingrid Reichart-Dreyer